

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 9. Juni 1949.

363/J

A n f r a g e

der Abg. H o r n , E i b e g g e r , A i g n e r und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Personalvertretung der Bundesangestellten.

--- --

Bei der Beratung des Bundesvoranschlages 1949 haben im Finanz- und Budgetausschuss die Abgeordneten Horn und Genossen den Herrn Bundeskanzler aufmerksam gemacht, dass die Schaffung einer rechtlich fundierten Personalvertretung für die öffentlich Angestellten nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Der Herr Bundeskanzler hat dazu die nachstehende in der Aus-sendung der Parlamentskorrespondenz festgehaltene Äusserung gemacht:

"Mit der Erlassung von Personalvertretungsvorschriften beschäftige ich mich, erklärt der Herr Bundeskanzler, schon über ein Jahr. Gestern ist nun den Gewerkschaften endlich der Entwurf zugegangen. Es wird eine Einigung zustandekommen, so dass in kürzester Zeit die Vorlage über die Personalvertretungen den Ministerrat beschäftigen und dann dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird."

Seither sind wieder nahezu sechs Monate verflossen, ohne dass ein Fortschritt auf diesem Gebiet zu sehen ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler als dafür verantwortlicher Ressortminister bereit, dafür zu sorgen, dass die Verordnung über die Schaffung einer gesetzlichen Personalvertretung für die Bundesangestellten noch in dieser Sessionsperiode des Nationalrates beschlossen werden kann?

--- --